

Zollverein, beschleunigte man daher in Preußen die schon ins Stocken geratenen Verhandlungen mit Frankreich, machte die nötigen Tariffkonzessionen und brachte den Handelsvertrag am 2. August 1862 zum endgültigen Abschluß. Von den Zollvereinsstaaten folgten dem Beispiel Preußens nur Sachsen, Braunschweig, die thüringischen Staaten und Baden; alle übrigen stellten sich auf den Standpunkt Oesterreichs und protestierten gegen den französischen Handelsvertrag, während andererseits Preußen dessen Anerkennung zur Vorbedingung einer Erneuerung der Zollvereinsverträge machte. Die Erneuerung der Verträge war 1865 fällig. Es entstand aus dieser Lage eine der schwersten Krisen in der Geschichte des Zollvereins.

Der Verfassungskonflikt und das Ministerium Bismarck.

Inzwischen hatte sich in Preußen die innere Spannung sehr verschärft. Der Prinzregent, seit dem 2. Januar 1861 König, wollte auch innerhalb der neuen konstitutionellen Staatsordnung das alte Königtum von Gottes Gnaden zu kraftvoller Geltung bringen und bestand deshalb trotz des Abtratens mehrerer Minister auf einer feierlichen Krönung, die an die Stelle der jetzt veralteten Erbhuldigung treten sollte und die am 18. Oktober 1861 in der alten Krönungsstadt Königsberg auch wirklich vollzogen worden ist. Die liberale Opposition sah in diesem Akt einen Widerspruch gegen den Geist der konstitutionellen Monarchie, wie er in diesen Kreisen aufgefaßt wurde, und geriet in einen immer schärferen Gegensatz zur Regierung.

Im Juni 1861 bildete sich eine neue liberale Partei von radikalerer Färbung, die sogenannte Fortschrittspartei, an deren Spitze Männer standen wie Virchow, Mommsen, von Jordanbeck, Schulze-Delitzsch, von Hoyerbeck, von Urruh, Johann Jacoby. Es war eine Partei von doktrinären Politikern, die nicht das richtige Augenmaß für die Notwendigkeiten einer erfolgreichen Machtpolitik besaßen. Sie erstrebte vor allem ein entschieden liberales Regiment in Preußen mit stärkerer Geltung des parlamentarischen Faktors, wie in England oder in Belgien; sie wollte die Einheit Deutschlands unter preussischer Führung, aber sie verwies auf den Weg der moralischen Eroberungen und verwarf die Verstärkung der militärischen Rüstung. Der Widerstand gegen die von der Regierung vorgenommene Heeresreform war für den Moment der springende Punkt in ihrem Programm.

Diese Partei gewann nun bei den Neuwahlen vom 5. Dezember 1861 gegen 100 Sitze und prägte dem neuen Abgeordnetenhaus einen überwiegend liberalen Charakter auf. Diesem Hause wurde jetzt das neue Wehrgesetz vorgelegt, das in allen wesentlichen Stücken an den früheren Grundsätzen festhielt; und obwohl die Regierung den liberalen Wünschen durch eine Reihe von anderen Gesetzesvorlagen, wie über die Aufhebung der gutherrlichen Polizei, über die Umgestaltung der Kreisordnung, über die Ministeranklage, entgegenkam, so gelang es ihr doch nicht, das Mißtrauen der liberalen Opposition zu zerstreuen, die vor allem eine Reform des Herrenhauses forderte, weil sonst alle liberalen Entwürfe doch an dessen Widerspruch scheitern würden, und das Schicksal der Militärvorlage konnte durch dieses Entgegenkommen nicht abgewendet werden. In der Kommission ließ sich keine Einigung mit der Regierung erzielen, und damit war auch die Ablehnung der Vorlage im Plenum bereits entschieden.

Die oppositionelle Mehrheit ging jetzt darauf aus, die Regierung zu zwingen, die vorgenommene Vermehrung und Umgestaltung der Heeresformationen wieder rückgängig zu machen, und forderte zu diesem Zwecke eine weitergehende Spezialisierung des Haushaltsplanes, um zu verhüten, daß nicht der militärische Mehrbedarf durch Ersparnisse in andern Etatstiteln gedeckt werden könnte. Der Finanzminister von Patow stellte die Berücksichtigung dieses Wunsches zwar für den nächsten Etat (1863) in Aussicht, bat aber, von dem Verlangen Abstand zu nehmen, daß auch schon der vorliegende Etat in diesem Sinne umgearbeitet werden sollte und drohte mit seinem Rücktritt, wenn diese Forderung dennoch aufrecht erhalten werde. Trotzdem geschah dies am 6. März mit großer Mehrheit, und nun reichte das ganze Ministerium dem König seine Entlassung ein. Es schien, daß man auf die Bahn einer parlamentarischen Regierung kommen sollte; aber das ließ der König nicht zu. Er hielt den Grundsatz aufrecht, daß die Entlassung wie die Berufung der Minister von dem Willen des Monarchen und nicht von den Abstimmungen des Abgeordnetenhauses abhängig sei; er verweigerte den Ministern die erbetene Entlassung und löste am 11. März das Abgeordnetenhaus auf. Nun aber schlugen die liberalen Minister vor, dem Abgeordnetenhaus in wichtigen Stücken nachzugeben, während der konservative Kriegsminister Roon den König in seinem Widerstand gegen das Hinübergleiten zu einer parlamentarischen Regierungsweise nachdrücklich bestärkte. So kam es zu einem Zwiespalt zwischen dem Könige und den liberalen Ministern und zu deren Entlassung am 17. März 1862. An ihre Stelle traten Männer von ausgesprochen konservativer Richtung; und so hatte das Ministerium der neuen Ära eine vollkommene Schwenkung nach rechts ausgeführt, wobei der Kriegsminister von Roon gewissermaßen den Angelpunkt darstellte.

Trotz der Bemühungen dieses neuen Ministeriums erhielten die liberalen Parteien bei den Wahlen des 6. Mai 1862 wieder eine überwältigende Mehrheit; und obwohl es sich diesmal nicht um ein Wehrgesetz, sondern nur um den Etat handelte, in dem der Mehrbetrag für Militärzwecke auf 6 Millionen Taler herabgedrückt war, und obwohl die damit verbundenen Marineforderungen durch den Hinweis auf Dänemark und Schleswig-Holstein begründet werden konnten, kam es doch im September zu einem heftigen Kampf, bei dem die Regierung von vornherein wenig Aussicht hatte, ihren Willen durchzusetzen. Sieben Tage dauerten die Debatten im Abgeordnetenhaus. Auf beiden Seiten hatte man das Gefühl, daß man vor einer entscheidenden Krisis des Staatslebens stehe. Die Liberalen glaubten, daß der Kampf um die praktische Aufrechterhaltung der konstitutionellen Verfassung gehe; die Regierung und ihre Anhänger wollten die Selbständigkeit der Krone verteidigen. Mit dem inneren Verfassungskstreit verquickten sich die drohenden Konflikte der auswärtigen Politik, in der dänischen und der deutschen Frage. Die liberale Opposition wünschte zwar ein kräftiges Auftreten der Regierung nach außen; aber sie verweigerte die militärischen Mittel dazu und glaubte in doktrinäer Verblendung, daß die moralische Macht einer begeisterten Volksbewegung ausreichen würde, um Preußen den Sieg über die Gegner zu verschaffen; auf der anderen Seite hielt die Regierung mit einer verhängnisvollen Hartnäckigkeit an einer Forderung fest, in der vielleicht ein Nachgeben möglich gewesen wäre und zu einer befriedigenden Lösung des Konflikts hätte führen können. Es handelte sich um die dreijährige Dienstzeit. Ein Ver-